

HANSER



Leseprobe

Georg Milbradt, Gernot Nerb, Wolfgang Ochel, Hans-Werner Sinn

Der ifo Wirtschaftskompass

Zahlen - Fakten - Hintergründe

ISBN: 978-3-446-42710-5

Weitere Informationen oder Bestellungen unter

<http://www.hanser.de/978-3-446-42710-5>

sowie im Buchhandel.

1.2 Konjunktur und Wachstum

Warum sie nicht dasselbe sind

Während der Wachstumsbegriff auf die Entwicklung des langfristigen Wohlstands niveaus einer Volkswirtschaft abzielt, beschreibt der Konjunkturverlauf eher kurzfristige Schwankungen um einen langfristigen Trend. In Politik und Medien werden beide Konzepte häufig synonym gebraucht, obwohl sie sich auf unser Leben ganz unterschiedlich auswirken.

Die Unterscheidung von Konjunktur und Wachstum beruht im Wesentlichen auf der Erkenntnis, dass die wirtschaftliche Entwicklung unstetig verläuft. Betrachtet man etwa den Verlauf des Bruttoinlandsprodukts, also den Wert der in einem Land erzeugten Waren und Dienstleistungen, zeigt sich ein Muster zyklischer Schwankungen entlang eines langfristigen Wachstumspfads > Bild 1. Diese periodischen Muster aus Auf- und Abschwüngen werden als Konjunkturzyklus bezeichnet.

Obwohl Konjunkturzyklen in Länge und Stärke durchaus variieren und jeder für sich genommen einzigartig ist, werden sie allgemein in vier Phasen eingeteilt > Bild 2. In die Aufschwungphase, in der die Wachstumsraten zunehmen und die Arbeitslosigkeit sinkt, in den Boom, während dessen nahe der Kapazitätsgrenze produziert wird und in dem es häufig zu deutlichen Preisanstiegen (Inflation) kommt, in den Abschwung, in dem die Kapazitätsauslastung wieder zurückgeht und die Arbeitslosigkeit steigt, und in die Rezession, die durch Produktionsrückgänge, hohe Arbeitslosigkeit und sinkende Inflationsraten gekennzeichnet ist.

> Langfristige und kurzfristige Veränderungen

Im Gegensatz zum langfristigen Wachstum sind konjunkturelle Schwankungen

ein eher kurzfristiges Phänomen. Die Ursachen liegen vor allem in zyklischen Schwankungen der Investitionsgüternachfrage (Akkeleratoreffekt) sowie in plötzlich auftretenden Ereignissen wie drastischen Ölpreisanstiegen, platzenden Immobilienblasen oder erratischen Politikmaßnahmen des Fiskus und der Zentralbank, deren langfristige Effekte auf das Wirtschaftswachstum gering sind.

Langfristiges Wachstum hingegen entsteht durch die Ausweitung der Produktionsmöglichkeiten einer Volkswirtschaft. Dafür sind vor allem Investitionen in physisches Kapital (Infrastruktur und Maschinen) und in Humankapital (Gesundheit und Bildung) sowie technologischer Fortschritt notwendig. Darüber hinaus kommt aber auch institutionelle Faktoren, die unser gesellschaftliches Zusammenleben bestimmen, eine wichtige Rolle zu. Hierzu zählt etwa eine effiziente Wirtschaftsordnung, die Planungssicherheit schafft und die Fehlanreize sowie den unproduktiven Einsatz von Ressourcen, z. B. durch eine überbordende Bürokratie, vermeidet. Obwohl langfristiges Wachstum und Wohlstand in erster Linie von den oben genannten Faktoren abhängen, spielen sie in der öffentlichen Debatte häufig nur eine untergeordnete Rolle. MK

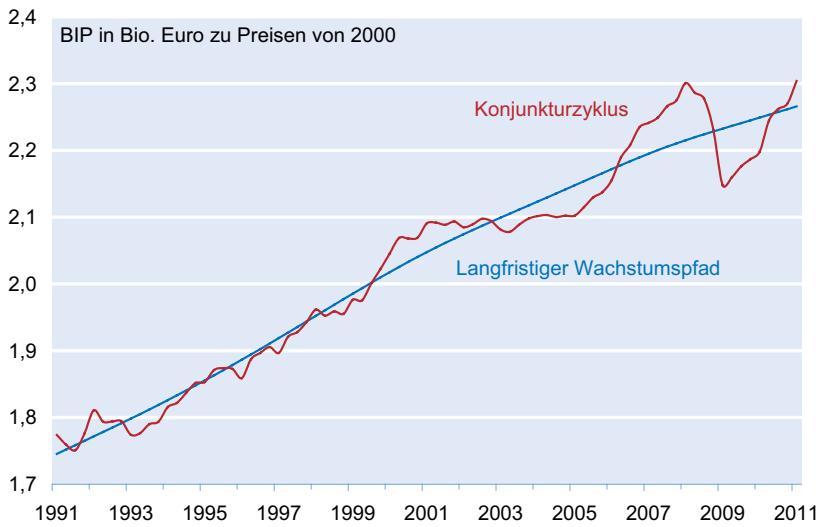


Bild 1 Wachstumstrend und Konjunkturzyklus in Deutschland¹⁾

¹⁾ BIP zerlegt in einen langfristigen Wachstumstrend und einen kurzfristigen Konjunkturzyklus.

Quelle: Statistisches Bundesamt; Berechnungen des ifo Instituts.

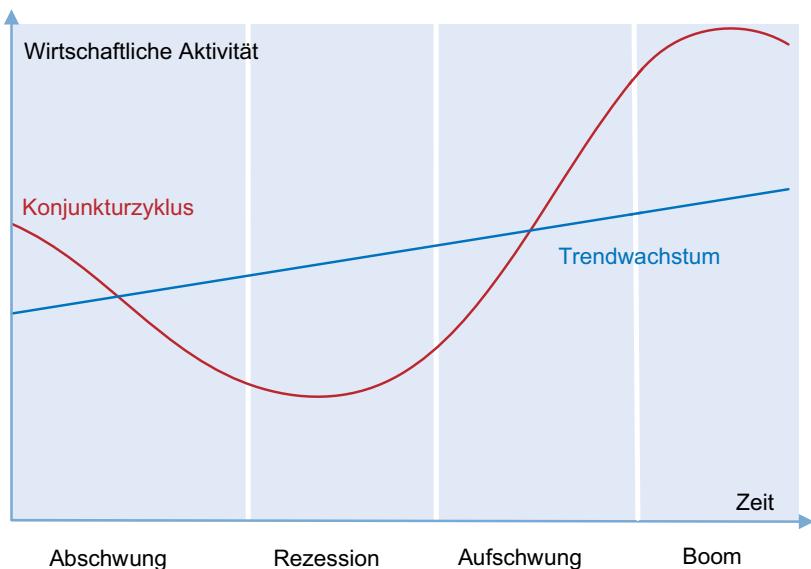


Bild 2 Schematische Darstellung der Phasen eines Konjunkturzyklus

Quelle: Darstellung des ifo Instituts.

7.1 Einkommensverteilung

Die Amerikanisierung der Einkommensverhältnisse

Im Vergleich zu früheren Jahrzehnten ist die Einkommensverteilung in Deutschland im letzten Jahrzehnt sehr viel ungleichmäßiger geworden. Ein Hauptgrund hierfür ist die Zunahme von Personen im Niedrigeinkommensbereich durch die Abschaffung der relativ großzügigen Arbeitslosenhilfe.

Zur Darstellung von Einkommensverteilungen werden in der Regel Gini-Koeffizienten verwendet. Diese Koeffizienten messen die Einkommensverteilung auf einer Skala von null bis eins. Bei einem Koeffizienten von null hätten alle Personen in einem Land exakt dasselbe Einkommen, bei einem Koeffizienten von eins würde eine Person das gesamte Einkommen im Land auf sich vereinen. Für die Mitte des letzten Jahrzehnts liegt der Koeffizient für Deutschland bei 0,3 und damit im internationalen Vergleich im Mittelfeld > Bild 1. In den angelsächsischen Ländern, insbesondere den Vereinigten Staaten, ist die Einkommensverteilung deutlich ungleicher als in Deutschland, während sie in den nord-europäischen Ländern deutlich gleicher ist.

> Die Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland

Die Einkommensverteilung in Deutschland ist in den letzten Jahrzehnten deutlich ungleicher geworden, insbesondere seit 2000 > Bild 2. Wichtige Gründe für diese Entwicklung sind der starke Anstieg der Arbeitslosigkeit, die zunehmende Zahl der Langzeitarbeitslosen bis zur Mitte des letzten Jahrzehnts, der Abbau von Sozialleistungen, insbesondere die Überführung der großzügigen Arbeitslosenhilfe in das nur existenzsi-

chernde Arbeitslosengeld II, und das Anwachsen des Niedriglohnsektors.

Eine ungleichere Einkommensverteilung bedeutet nicht zwangsläufig, dass es den ärmeren Personen in einem Land auch schlechter geht. Wenn bei einem realen Anstieg der Einkommen aller Bevölkerungsgruppen die Einkommen der Reicherer überproportional steigen, führt dies zu einer ungleicheren Einkommensverteilung und trotzdem auch gleichzeitig zu einer verbesserten Lage für die Ärmeren. Eine Politik, die zu sehr auf eine gleichmäßige Einkommensverteilung abzielt und zu stark umverteilt, kann unter Umständen auch für die Ärmeren schädlich sein. Je stärker ein Staat umverteilt, desto weniger lohnt es sich für jeden Einzelnen, sich anzustrengen. Weniger Innovationen und gebremstes Wirtschaftswachstum können die Folge sein.

Dennoch ist das Auseinanderdriften der Einkommen in Deutschland nicht vollkommen unproblematisch. Eine sehr ungleiche Einkommensverteilung kann zu einer großen Distanz zwischen den Bevölkerungsgruppen und zu sozialen Spannungen führen. Würde die Sozialpolitik stärker auf Lohnergänzung statt auf Lohnersatz setzen, kann, wie in der Aktivierenden Sozialhilfe des ifo Instituts dargelegt, das Auseinanderdriften der Einkommen abgeschwächt werden, und es lohnt sich dennoch für jeden Einzelnen, sich anzustrengen. **TH + WG**

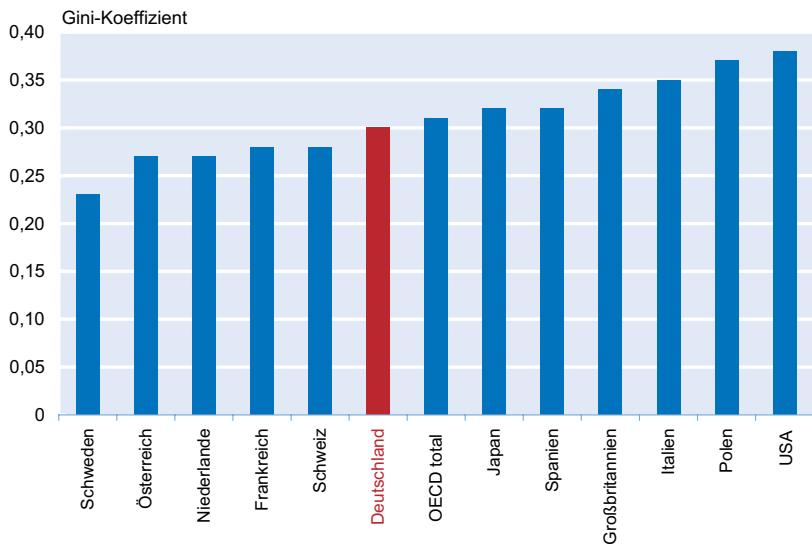


Bild 1 Einkommensverteilung im internationalen Vergleich – Gini-Koeffizienten 2005

Quelle: OECD (2008): *Growing Unequal? Income Distribution and Poverty in OECD Countries*.

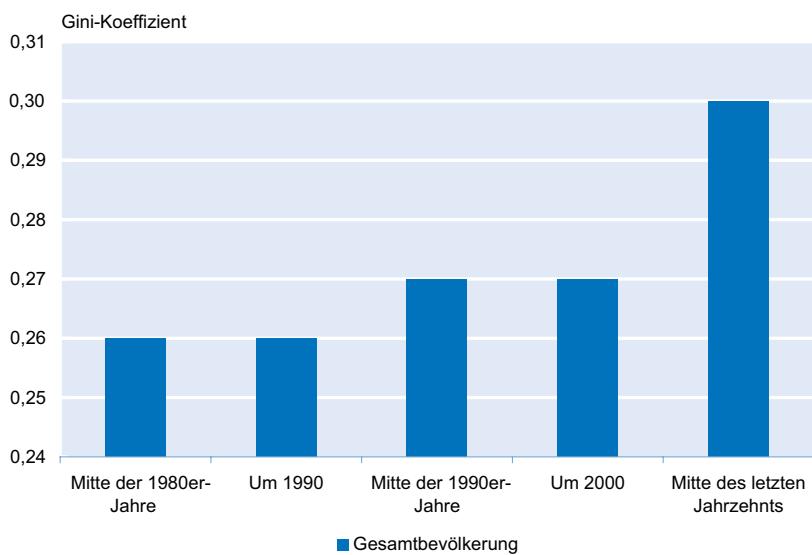


Bild 2 Entwicklung der Einkommensverteilung in Deutschland

Quelle: Siehe Bild 1.

8.6 Atomkraft

Bauboom trotz Fukushima?

Vor Fukushima planten nur Deutschland und Belgien, ihre Atomkraftwerke abzuschalten. Kein anderes Land auf der Welt wollte sonst aus der Atomkraft aussteigen, vielmehr war geplant, Hunderte neuer Atomkraftwerke zu bauen. Auch in unmittelbarer Nachbarschaft Deutschlands waren viele neue Kraftwerksblöcke geplant, und einige sind schon in Bau. Das Unglück in Japan könnte eine mögliche Renaissance nun verhindern.

Der Atomausstieg war vor Fukushima zu einem Erkennungsmerkmal der deutschen Energiepolitik geworden, denn weltweit wurden wieder Atomkraftwerke geplant und gebaut > Bild 1. Selbst Schweden, wo der Atomausstieg zuerst proklamiert worden war, hatte sich vom Ausstieg verabschiedet. Indien baut derzeit fünf Kraftwerke, Russland acht und China sogar 20. Neben den aktuell 52 Neubauten sind weltweit 83 Kraftwerke in Beantragung. Weitere 125 Kraftwerke sind in Vorplanung. Auch in Europa werden neue Meiler geplant oder gebaut, so in Finnland, den Niederlanden, Großbritannien, Frankreich und Tschechien. 2008 wurden weltweit 2 781,9 TWh Strom in über 430 Kernkraftwerken erzeugt > Bild 2.

Ein Grund für diese Entwicklung ist, dass Atomkraft als wichtige grundlastfähige Energiequelle gilt, die fast CO_2 -neutral ist – im Gegensatz beispielsweise zu Kohlekraftwerken. Diese Eigenschaft gewinnt mit dem weltweit wachsenden Bewusstsein für die Folgen des Klimawandels zunehmend an Bedeutung.

> Kernkraft am Scheideweg

Angesichts der Katastrophe in Japan bleibt abzuwarten, ob alle Projekte realisiert werden. Aber auch begrenzte Ferti-

gungskapazitäten sowie Unsicherheiten technischer, wirtschaftlicher und gesellschaftspolitischer Art behindern immer wieder die Umsetzung der Bauvorhaben.

Wie die Unglücke zeigen, kann Kernkraft mit immensen externen Kosten verbunden sein. Gleichermaßen gilt jedoch für Kohlekraftwerke, die aufgrund ihres hohen CO_2 -Ausstoßes das Klima erwärmen. Der Ersatz von Atomkraft durch klimafreundliche Energiequellen wie Wind- und Solarstrom ist nicht einfach. So führt deren hohe Volatilität in der Stromerzeugung dazu, dass ihr Beitrag zu einer gesicherten Endenergieversorgung in Deutschland im Promillebereich liegt, obwohl die deutsche Erzeugung dieser beiden Stromarten weltweit an der Spitze liegt.

Unabhängig von der Frage nach dem richtigen Energiemix der Zukunft könnten die Kraftwerksbetreiber gezwungen werden, die Haftpflichtrisiken zu versichern. Die Versicherung würde bei entsprechender Risikostaffelung der Prämien Anreize für Investitionen in eine höhere Sicherheit bieten. Aufgrund der grenzüberschreitenden Risiken von Kernkraftwerken reicht es jedoch nicht aus, die Versicherungspflicht in einzelnen Ländern einzuführen. So gibt es keine einfache Lösung der Versorgungsfrage, schon gar nicht auf allein nationaler Ebene. *LR*

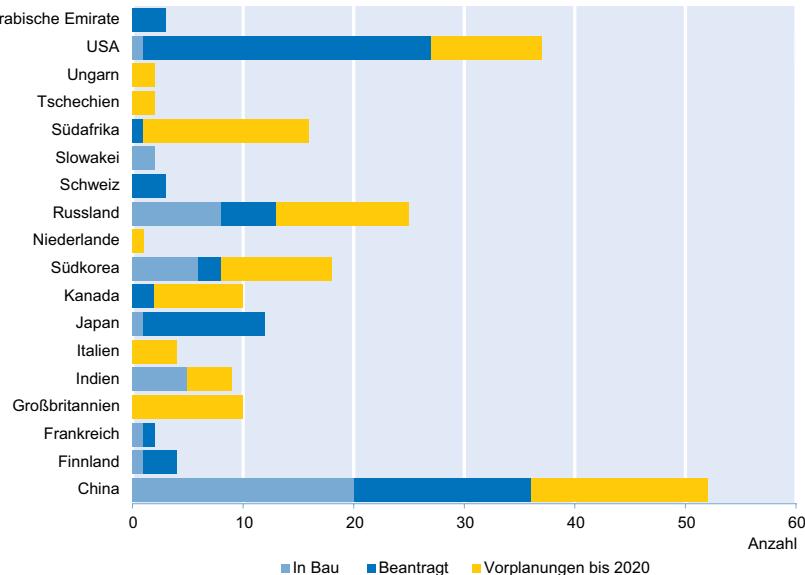


Bild 1 Kernkraftwerke in ausgewählten Ländern: in Bau, beantragt und geplant

Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (2010).

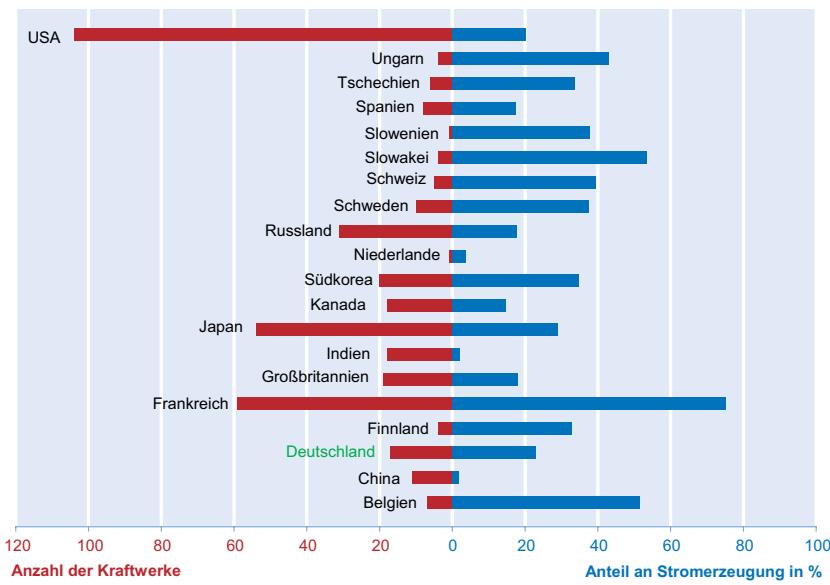


Bild 2 Kernkraftwerke in ausgewählten Ländern

Quelle: Siehe Bild 1.

12.7 Die Wirtschafts- und Finanzkrise

Lehren für Europa

In den meisten europäischen Ländern stiegen wegen der Wirtschafts- und Finanzkrise die Staatsschulden relativ zum BIP. Gleichzeitig kam es zu einem massiven Anstieg der Arbeitslosigkeit. Dies war das Ergebnis von Fehlentwicklungen in der Zeit vor der Krise, welche Nachholbedarf beim Regelwerk zur wirtschaftlichen Integration Europas offenbaren.

Die Fehlentwicklungen umfassten im Wesentlichen folgende vier Bereiche:

Staatsschulden: Beflügelt durch hohes Wachstum waren die Spar- und Reformanreize vor der Krise gering. Wenige Länder haben konsequent ihren Haushalt konsolidiert, obwohl dies durch den Stabilitäts- und Wachstumspakt (SWP) vorgesehen war. In der Krise mussten dann Konjunktur- und Bankenrettungsprogramme aufgelegt werden, die die Staatsschulden stark erhöhten.

Leistungsbilanzdefizite: Kapitalexportierende Länder wie Deutschland erlebten nach der Ankündigung und Einführung des Euro einen Rückgang der Investitionen. Es kam zu hoher Arbeitslosigkeit und geringen Lohn- und Preissteigerungen. Durch verbesserte Wettbewerbsfähigkeit entstanden Exportüberschüsse. Kapitalimportierende Länder indes erlebten einen Boom, der rasch zu steigenden Löhnen und einem Importüberschuss führte. Diese Länder verloren an Wettbewerbsfähigkeit, weil sie über ihre Verhältnisse lebten > Bild 1.

Überhitzung auf den Immobilienmärkten: Vor der Krise stiegen die Preise auf den Immobilienmärkten viel schneller, als es durch langfristige Fundamentaldaten erklärbar war > Bild 2. Als die Blase platze, brach die Bauwirtschaft ein und in den betroffenen Ländern stieg die Arbeitslosenquote deutlich an. Zudem wurden Banken in Mitleidenschaft gezogen,

weil viele Bauherren ihre Kredite nicht mehr bedienen konnten.

Finanzierungskosten: Der Boom der Jahre vor 2007 war angestoßen worden, weil mit dem Euro die Wechselkursunsicherheit beseitigt wurde und somit die Risikoauflösungen in den Zinssätzen verschwanden. Erst mit der Finanzkrise wuchsen diese wieder, weil die Anleger nun das Risiko einer Staatsinsolvenz fürchteten. Für einige Staaten wurde es schwierig, neue Kredite zur Begleichung ihrer Altschulden und für die Finanzierung der Außenhandelsdefizite aufzunehmen.

> Reformnotwendigkeiten im Euro-Land

1. Die Mitgliedstaaten müssen aufhören, sich zu verschulden, und wieder Budgetüberschüsse bilden.
2. Die Leistungsbilanzdefizite müssen durch den Sparkurs zurückgefahren werden. Dazu sind effektivere Kontroll- und Steuerungsmechanismen nötig.
3. Europa braucht einen Krisenmechanismus, der bei einer drohenden Staatsinsolvenz die Banken beteiligt. So bleiben durch die Berücksichtigung länderspezifischer Risiken Zinsunterschiede erhalten, die eine übermäßige Auslandsverschuldung und die Bildung von Blasen verhindern. AE

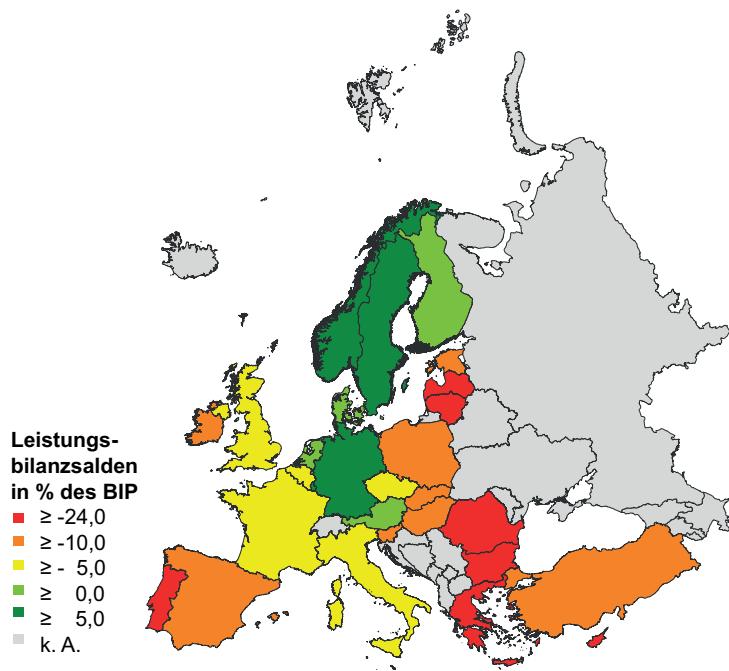


Bild 1 Leistungsbilanzsaldoen in den EU-Staaten vor der Krise (2008)

Quelle: Eurostat (2010); Darstellung des ifo Instituts.

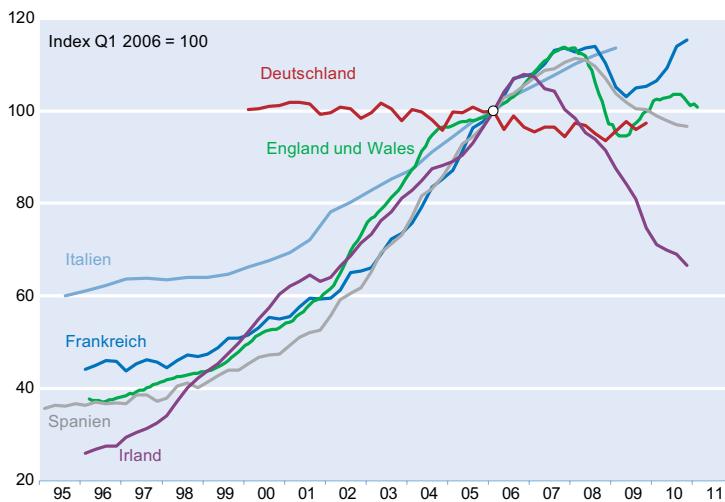


Bild 2 Immobilienpreise 1995 bis 2010

Quelle: The Economics and Social Research Institute.